

Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst -

Telefax-Nr.: 36178, 36179, 36180

Telefon-Nr.: 31596

Amtsvorwahl: 227-

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister Steinbrück, in Ihrer Rede haben Sie das falsche Denken, das hinter diesem Gesetzentwurf steht, mustergültig zum Ausdruck gebracht,

(Beifall bei der FDP)

indem Sie immer wieder davon gesprochen haben, dass es nicht das Geld des Bundes, sondern das Geld der Länder ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Nein, meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist das Geld der Steuerzahler, über das wir hier reden. Um deren Interessen haben wir uns zu kümmern und nicht nur um Ihre fiskalen Interessen.

Herr Raumsauer, ich verstehe, dass Sie nervös sind, weil Sie nun ein Gesetz vertreten müssen, das im Widerspruch zu den Forderungen Ihrer Partei und Ihres Landesverbandes steht. Das gibt Ihnen aber nicht das Recht, hier, eingebettet in eine Zwischenfrage, falsche Tatsachen zu berichten. Der Beschluss der Koalition wurde am 6. November gefasst. Am 7. November hat Herr Steinbrück den bekannten Brief geschrieben, der sofort veröffentlicht wurde, und erst am 8. November haben die Familienunternehmen einen Brief geschrieben und sich über das beklagt, was Sie vorhaben.

(Beifall bei der FDP - Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):
Gefragt wurden sie aber vorher!)

Sie kannten die Inhalte natürlich ganz genau.

Wenn man es so macht wie Herr Steinbrück und nur die positiven Elemente darstellt und das Negative vernachlässigt, ergibt sich so ein Bild. Ich kann aber auch die negativen Elemente darstellen: Gerade jetzt, wo wir am Beginn einer Rezession stehen, Herr Steinbrück, rechnen die Firmen natürlich mit enormen Auftragseinbrüchen und damit, dass sie Personalmaßnahmen ergreifen müssen. Sie können gar nicht davon ausgehen, dass sie die Lohnsumme oder das Verwaltungsvermögen auf der Höhe halten können, wie Sie die Grenzen gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP)

Dann wird die Erbschaftsteuer in voller Höhe sofort fällig, und zwar viel höher als heute, weil die Bewertung gestiegen ist.

(Beifall bei der FDP)

Das kann für viele Unternehmen das Ende der Existenz bedeuten.

(Florian Pronold (SPD): Lügen werden auch nicht besser,
wenn man sie wiederholt!)

Die Aussage des Präsidenten des DIHK, dass dieses Gesetz eine **Kriegserklärung an den Mittelstand** ist, bestätige ich. In diesen negativen Fällen ist es eine Kriegserklärung an den Mittelstand. Diese Unternehmen scheiden dann aus. Wir als FDP wollen uns als Verteidiger des Mittelstandes einbringen. Wir werden im Bundesrat und nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass dieses Gesetz korrigiert wird. So kann es nicht bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Das Gesetz ist misslungen. Es ist bürokratisch. Sie haben ja nun die Ausführungen des Ministers hören müssen; da haben Sie gemerkt, wie kompliziert es wird. Es ist familienfeindlich,

(Carl-Ludwig Thiele (FDP): Richtig!)

und es ist, wenn Sie den Urteilen des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhof und des Professors Lange folgen, wahrscheinlich auch verfassungswidrig.

Das Schlimmste daran ist das **Familienbild**, das dahinter steht. Ich bin entsetzt über das Verhalten der SPD und insbesondere das Verhalten der Unionsparteien. Ich hatte das Glück, in einer Familie mit sieben Geschwistern aufzuwachsen. Für mich sind Geschwister natürlich Teil der Familie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Die Geschwisterkinder sind auch Teil der Familie. Die behandeln Sie jetzt bei der Erbschaftsteuer wie Familienfremde. Was für ein Familienbild steht denn dahinter? Das kann sich doch nur jemand ausgesonnen haben, der als verwöhntes Einzelkind aufgewachsen ist,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

der nicht weiß, was Familie bedeutet. Die engsten Familienmitglieder werden nun mit 30 Prozent Eingangsteuersatz wie alle Fremden besteuert. Das ist völlig unakzeptabel. Dagegen werden wir Widerstand leisten, so lange und so gut wir können. Das muss ausgeräumt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich persönlich würde mich als Vertreter der Unionsparteien schämen und diesen Saal verlassen, wenn ich einem solchen Gesetzentwurf zustimmen sollte. Die Art und Weise, Herr Bernhardt, wie Sie gestern mit uns im Finanzausschuss umgesprungen sind, kann ich nicht akzeptieren. Unser Vorschlag zur **Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder** - das wäre richtig, weil es eine Landessteuer ist - ist abgemeiert, unterdrückt worden und kann heute nicht zur Abstimmung gestellt werden, damit ihm nicht zu viele Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion zustimmen. Diese „Gefahr“ bestand, weil auch die CSU die Regionalisierung der Erbschaftsteuer gefordert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich weiß nicht, Herr Ramsauer, wie Sie Ihre Truppe hier jetzt vertreten wollen. Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie den Saal verlassen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Ramsauer.

(Dr. Peter Struck (SPD): Wieder einmal? Nun ist aber gut! - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Redezeit bekommen?)

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

.....

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Ramsauer.

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

.....

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Ramsauer, die gewöhnliche Dauer einer Kurzintervention ist drei Minuten. Ihre dauert nun schon dreieinhalb Minuten.

Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU):

.....

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Solms.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Kollege Ramsauer, Sie haben behauptet, dass die Familienunternehmen in ihrem Brief Argumente angeführt haben, die sie in Wirklichkeit nicht richtig bewerten konnten, weil sie den Inhalt dieses Gesetzentwurfes noch nicht im Detail kennen konnten. Im Gegensatz dazu behaupte ich, dass die Mehrheit der Mitglieder dieses Hauses den Inhalt des Gesetzentwurfes nicht genau kennt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU/CSU: Wie bitte? - Was soll das denn heißen? - Unverschämtheit!)

Gestern habe ich im Finanzausschuss feststellen müssen, dass manche seiner Mitglieder, die auf diesem Gebiet ja Experten sind, bestimmte Varianten

des Gesetzentwurfes nicht kennen; das gilt insbesondere für einige Mitglieder aufseiten der CDU/CSU-Fraktion. Als in der Sitzung Unruhe aufkam und sie nicht mehr bereit waren, diesen Unsinn zu unterzeichnen, hat der Kollege Bernhardt erklärt: Wie auch immer das zu bewerten ist, wir werden auf jeden Fall zustimmen.

(Carl-Ludwig Thiele (FDP): Unglaublich!)

Er wollte seinen Kollegen sozusagen das Wort verbieten. Das sind undemokratische Vorkommnisse,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

die die Unsicherheit verdeutlichen, mit der Sie diese Entscheidung treffen. Das ist eine Frage der Ehrlichkeit. Sie können die Verantwortung dafür nicht auf die SPD schieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen zustimmen, ablehnen oder sich enthalten. Wenn Sie Ihrer Überzeugung und der Meinung Ihrer Partei folgen würden, dann würden Sie diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Sie stimmen ihm nur aufgrund von Koalitionszwängen zu. Sie haben Angst, dass diese ohnehin zerrüttete Koalition sonst sofort zusammenbrechen würde. Das wäre allerdings ein Gottesgeschenk.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu den Ausführungen von Herrn Solms gibt es eine weitere angemeldete Kurzintervention, und zwar von Herrn Pronold, die ich angesichts der Lebendigkeit der Debatte gerne zulasse.

(Dr. Guido Westerwelle (FDP): Auf wen bezieht die sich?)

- Sie bezieht sich auf Herrn Solms.

(Dr. Guido Westerwelle (FDP): Aha! Interessant!)

Florian Pronold (SPD):

.....

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Otto Bernhardt hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Dr. Hermann Otto Solms (FDP): Nein, nein! - Dr. Guido Westerwelle (FDP): Halt!)

- Entschuldigung. - Bitte, Herr Solms.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin, ich denke, ich habe das Recht, auch auf diese Kurzintervention zu antworten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das sollen Sie gerne tun.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Ich möchte zweierlei dazu sagen:

Erstens. Durch diese Parlamentsdebatte wird besser gezeigt, als man sich das überhaupt vorstellen kann oder als man das in einem Theater darstellen könnte, wie innerhalb der Großen Koalition Gesetzentwürfe erstellen. Ich glaube, das wird in vielen Politikseminaren als Beispiel angesprochen werden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Solms, einen kleinen Augenblick. Man versteht Sie nicht.

(Dr. Guido Westerwelle (FDP): Doch, doch, wir verstehen ihn sehr gut, und Deutschland versteht ihn auch!)

- Sie verstehen Herrn Solms also. Das ist gut.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Frau Präsidentin, ich wäre dankbar, wenn Sie die Zeit für Ihre Einwendung nicht auf meine Redezeit anrechnen würden.

Ich sage noch einmal: Diese Parlamentssitzung wird in viele Politikseminare einbezogen werden, damit die Studenten lernen können, wie die Gesetzgebung tatsächlich vonstattengeht. Das ist ja ein Grauen.

Zweitens. Genauso wie von der Union bin ich auch von der SPD hinsichtlich ihres Familienbildes enttäuscht. Die SPD hat sich in den letzten Jahrzehnten immer als familienfreundliche Partei gezeigt,

(Klaus Uwe Benneter (SPD): Auch weiterhin!)

und sie hat dafür gekämpft. Dass sie jetzt dazu beiträgt, dass die engere Familie - jetzt ist ja das neue Modewort „Kernfamilie“ aufgetaucht; dabei werden

eben alle anderen ausgeschlossen - nicht mehr wie eine Familie behandelt wird und dass Geschwister und Geschwisterkinder wie Fremde mit dem Eingangssteuersatz von 30 Prozent auf das Vermögen besteuert werden, ist eine Blamage für die Große Koalition. Das will ich hier festhalten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Peter Rauen
(CDU/CSU))

Sie müssen Ihr Familienbild in der Öffentlichkeit neu darstellen, sonst ist all das, was Sie bis jetzt gemacht haben, verlogen.

(Beifall bei der FDP)